

## **Trayvon Martins Todesschütze freigesprochen**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 08. bis 12. Juli 2013*

(cs) In Florida befand ein Geschworenengericht George Zimmerman für „nicht-schuldig“. Ihm wurde vorgeworfen als Mitglied einer Bürgerwehr im Jahre 2012 den 17-jährigen Afroamerikaner Trayvon Martin erschossen zu haben. Bei seiner Verteidigung nahm Zimmerman für sich in Anspruch, aus Notwehr gehandelt zu haben, obwohl das spätere Opfer nachweislich unbewaffnet gewesen war. Zeitungen wie die *New York Times* oder die *Washington Post* berichten von Protesten nach der Urteilsverkündung in mehreren US-Staaten. Der Freispruch habe demnach eine neue Debatte über Rassismus sowie das amerikanische Rechtssystem ausgelöst. Die äußerst zurückhaltende Kommentierung der US-Medien zu diesem Urteil ist bemerkenswert. Es scheint, als ob ein Konsens darüber herrsche, keine neuen Rassismus-Debatten zu befeuern.

Nach einem medienwirksamen Auftritt des Ex-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden am Moskauer Flughafen diese Woche wechselt die US-Regierung ihre Strategie. Präsident Obama forderte entschlossen in einem persönlichen Telefongespräch den russischen Präsidenten Putin dazu auf, Snowden an die USA auszuliefern. Zwischenzeitlich ging Snowden auf die russischen Bedingungen ein, die überhaupt den Antrag auf politisches Asyl in Russland ermöglichen würden. Demzufolge verlangen die russischen Behörden, Snowden solle künftig keine weiteren Informationen zum Nachteil der USA publik machen. Die *Washington Post* vertritt die Auffassung, dass Snowden mit seiner Strandung am Flughafen in Moskau zum Spielball zwischen den politischen Fronten wurde. Demnach sitze er in einer Zwickmühle: Um überhaupt aus der Transitzone des Moskauer Flughafens herauszukommen, müsse er Asyl beantragen, was zuvor nicht seine Absicht gewesen sei.

Trotz erbitterten Widerstands hat der republikanisch dominierte Senat am Freitag im US-Bundestaat Texas eine Verschärfung des Abtreibungsrechts durchgesetzt. In Texas gilt damit ein Verbot von Abtreibungen ab der 20. Schwangerschaftswoche. Grundsätzlich ist in den Vereinigten Staaten ein Schwangerschaftsabbruch bis zur 22. oder 24.

Schwangerschaftswoche zulässig. Die *New York Times* berichtet, dass das Gesetz mit 19 zu 11 Stimmen den Senat passierte. Es sei jedoch keiner der zwanzig Änderungsvorschläge der Demokraten bei der Gesetzgebung berücksichtigt worden. Diese forderten Ausnahmen im Fall einer Vergewaltigung oder Inzest. Laut *Washington Post* erzielten die Republikaner auch einen Erfolg bei der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verkürzung der straffreien Abtreibungsfristen. Zudem gebe es für die Mehrzahl der Kliniken, die solche Eingriffe durchführen, lange Übergangsfristen bis ins Jahr 2014 hinein. Weiterhin geht die *Washington Post* davon aus, dass weitere gerichtliche Entscheidungen anhängig sein werden. In anderen Bundesstaaten haben Gerichte bereits das Inkrafttreten einer Gesetzgebung wie in Texas blockiert. Der Autor des Artikels setzt ein weiteres Fragezeichen, wie die Wähler über dieses Gesetz bei der nächsten Wahl entscheiden werden.

Quellen:

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.usatoday.com](http://www.usatoday.com)